

Sitzung Nr. 2 vom 08. März 2022

| | |
|---------------------------------|--|
| Vorsitz | François Scheidegger, Stadtpräsident |
| Anwesend | Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Sandra Sieber (Ersatz) Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Patrick Zberg |
| Entschuldigt | Alexander Kohli |
| Anwesend von Amtes wegen | Kurt Boner, Leiter AG Kitas David Baumgartner, Finanzverwalter Nicole Hirt, Gesamtschulleiterin Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Fabian Ochsenbein, Stadtplaner Reto Kämpfer, Leiter SDOL Thomas Maritz, Feuerwehrkommandant Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin) |
| Dauer der Sitzung | 17:00 Uhr - 21:00 Uhr |
| TRAKTANDEN | (2858 - 2870) |
| 1 | Protokoll der Sitzung Nr. 1 vom 1. Februar 2022 |

- 2 2858 **VERTRAULICH**
- 3 2859 Projekt Optimierung familienergänzende Kinderbetreuung: Teil Finanzierungssystem / Reglement: Reglement für neues Finanzierungssystem (Betreuungsgutscheine), Öffnungszeiten Kitas
- 4 2860 Motion Fraktion SP: Grenchen wird zur „NO-Littering“ Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2861 Steuer-Initiative «Jetzt si mir draa» sowie Gegenvorschlag Parolenfassung für a.o. GV des VSEG
- 6 2862 Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard, Grenchen: Wahl der Revisionsstelle für Amtsperiode 2022-2025
- 7 2863 SDOL: Pensenerweiterung im Bereich "Sachbearbeitung Finanzierung Kinderschutzmassnahmen und Sachbearbeitung KES", 80 %, Nachtragskredit
- 8 2864 Kreditüberschreitung 2021: Besoldungen SDOL
- 9 2865 Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz: Verabschiedung von Sicherheitsleitbild und Reglement
- 10 2866 Motion Patrick Zberg (glp): Volksentscheid zur Aufhebung Polizeikorps Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 11 2867 Dringliche Motion Patrick Zberg (glp): Gemeindeordnung: Ergänzung § 65 mit Abs. 5: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung
- 12 2868 Überparteiliche Motion: Prüfung der Einführung einer zeitgemässeren Gemeindeorganisation für die Stadt Grenchen / Einsetzen einer Arbeitsgruppe: Beschluss über Erheblicherklärung
- 13 2869 Motion Fraktion FDP: Grenchen, die fahrradfreundliche Stadt (Velo-Auto-Bahn-Knoten): Einreichung
- 14 2870 Mitteilungen und Verschiedenes

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 1 vom 1. Februar 2022 wird genehmigt.

- o -

Stadt Grenchen

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 2

vom 08. März 2022

Beschluss Nr. 2858

VERTRAULICH

Projekt Optimierung familienergänzende Kinderbetreuung: Teil Finanzierungssystem / Reglement: Reglement für neues Finanzierungssystem (Betreuungsgutscheine), Öff- nungszeiten Kitas

Vorlage: AG Kitas/24.02.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Kurt Boner, Leiter AG Kitas, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Robert Gerber liess sich die FDP-Fraktion von Kurt Boner über das Finanzierungssystem für die familienergänzende Kinderbetreuung ins Bild setzen. Nochmals herzlichen Dank an Kurt Boner für seine Zeit. Danke auch an die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe für die grosse und gute Arbeit, die da geleistet und abgeliefert wurde. Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat den vom Gemeinderat vor elf Monaten gefällten Ampelentscheid mit Augenmass umzusetzen versucht. Und es ist ihr gelungen. Dass die Umsetzung nicht auf den 1. Januar des laufenden Jahres erfolgen konnte, mag schade sein, aber die Projektierung ist nicht gerade in die leichteste Zeit gefallen und es mussten auch weitere „Stolpersteine“ auf die Seite geräumt oder umgangen werden. Mit der Einführung der sogenannten Betreuungsgutscheine kommt die Stadt Grenchen zu einem neuen, zeitgemässeren Finanzierungssystem für die familienergänzende Kinderbetreuung. Ein System, wie es auch die Stadt Solothurn und andere Gemeinden in der Gegend beschlossen und eingeführt haben. Um es vorweg zu nehmen, die FDP-Fraktion hat das Gefühl, dass das vorliegende Reglement sehr austariert ist. Es geht ja in erster Linie darum, dass der Start zur Subjektfinanzierung möglichst gut gelingt. Sie findet es in diesem Zusammenhang auch angebracht, dass vorerst nur Betreuungsgutscheine für Grenchner Kitas abgegeben werden. Wenn sich zeigt, dass der Start erfolgreich ist und das Projekt sich gefestigt hat, kann immer noch über eine Ausweitung der Gültigkeit befunden werden. Ein solches Reglement ist ja auch nicht in Stein gemeisselt. Es kann, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, innert nützlicher Frist geändert werden. Hauptziel von Betreuungsgutscheinen soll ja die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Dass es auch andere Gründe geben kann, die zur Benützung von Kitas führen, ist klar, seien das Integrationsprobleme, sei es das Kindeswohl und anderes. Mit einiger Genugtuung stellt die FDP auch fest, dass das eine der ersten Vorlagen ist, die ihr unterbreitet wird, die über eine Kompassklausel verfügt. Gerade im Projekt Kompass hat man der familienergänzenden Kinderbetreuung eine nicht unwesentliche Bedeutung beigemessen.

Die FDP-Fraktion erachtet es deshalb auch als opportun, dass erst bei einem Einkommen von 200'000 Franken fertig ist mit der Vergabe von Betreuungsgutscheinen, da man doch gerade auch für einkommensstarke Steuerzahlende attraktiver werden will. Die FDP erachtet auch die Härtefallregelungen als durchaus angebracht und nötig. Gerade wenn es um die Vergabe von geldwerten Leistungen geht, ist es wichtig, dass an alles Mögliche gedacht wird. Sei es, dass vermieden wird, dass Eltern in die Sozialhilfe kommen, oder seien es andere möglichen Ausnahmen. Bei der Thematik Öffnungszeiten erscheint es ihr wichtig, dass zum Prinzip „der Kunde ist König und die Kundin Königin“ übergegangen wird. Es entspricht nicht mehr dem Zeitgeist, wenn im Reglement sakrosankte Öffnungszeiten stipuliert werden, die den Bedürfnissen eines Grossteils der Kitas-Kunden und Kundinnen nicht entsprechen. Die Bedürfnisse ändern sich. Gerade weil sich gewisse Dinge und Bedürfnisse sehr rasch ändern, können und alle an einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung interessiert sind, ist es wichtig, dass den Ausführungsbestimmungen grosses Gewicht beigemessen wird und diese durch die Gemeinderatskommission erlassen werden können. Die FDP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und dem Reglement in dieser Form zustimmen.

- 2.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, erreicht man durch die Verselbständigung der Kitas und mit einer neuen Trägerschaft alle geforderten Ziele, welche Kompass-kompatibel sind. Die Nachfragesteuerung der Kinderbetreuung wird verbessert, ein flexibleres und nachfrageorientiertes Angebot entsteht, die anerkannten Tagesfamilien werden ins Betreuungsgutscheinsystem integriert, die Tarifgestaltung wird auch für mittelständischen Familien attraktiver und die Kosten bleiben im Rahmen der bisher ausgegebenen Finanzierung. Neu wird keine Objekt- sondern eine Subjektfinanzierung mittels Betreuungsgutscheine eingeführt. Die Mitte-Fraktion begrüsst das Solothurner resp. Berner Modell, welches auch vom VSEG unterstützt wird und den Eltern den Vergleich z.B. mit Bettlach ermöglicht. Dass die Betreuungsgutscheine zeitgleich mit dem Wechsel der Trägerschaft erfolgen, macht absolut Sinn. Mit den Parametern der Betreuungsgutscheine, dem festgelegten Minimalbetrag, der festgelegten Maximalvergütung, der sinnvollen Kompassklausel und Härtefallregelung, der attraktiveren Öffnungszeiten sowie mit der Beschränkung vorerst auf die Stadt Grenchen ist die Mitte-Fraktion einverstanden. Sie zeigt sich über die fortschrittliche Lösung, welche einer familienfreundlichen Stadt würdig ist und von welcher auch der Mittelstand profitieren kann, hoch erfreut. Die Mitte wird dem neuen Reglement sowie den Anträgen zustimmen.
- 2.3 Gemeinderätin Angela Kummer kann alles unterschreiben, was bisher von Kurt Boner und ihren Vorrednern gesagt wurde. Sie hat als Vertreterin des Gemeinderates in der Arbeitsgruppe mitgewirkt und den Prozess miterlebt und natürlich mitgestaltet. Es lief hochprofessionell ab: Es wurde eine Auslegeordnung gemacht und geschaut, dass man eine gute Basis mit dem Reglement hat, das auch in Zukunft anpassbar ist. Die Ausführungsbestimmungen sind dann noch die Knacknuss. Hier ist noch Arbeit zu leisten. Es ist noch nicht alles definitiv. Heute am internationalen Tag der Frauen möchte sie betonen, wie wichtig es ist, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Es ist heute für ganz viele Frauen, die eigentlich eine gute Ausbildung hätten, rein familienkonstellationsmässig nicht möglich zu arbeiten, weil sie je nach Job keine Betreuungsmöglichkeit haben. Auch die Familienstrukturen haben sich geändert. Es kommt von den Kosten her vielleicht nicht zwingend günstiger, aber es wird mehr Plätze geben und durch mehr Plätze gibt es auch entsprechend mehr Steuersubstrat und die Stadt wird attraktiver. Es wird vielen Frauen erst jetzt ermöglichen, einer Teilzeitarbeit nachgehen zu können. Das ist für sie das A und O. Die SP-Fraktion unterstützt sie hier auch.

Es gibt noch einen Punkt, den sie anmerken möchte: Es wurde in einer früheren Motion verlangt, dass man die familienergänzende Betreuung auch auf Primarstufe noch entsprechend anschaut. Man wollte aber bei diesem Projekt den Bogen nicht überspannen. Es wird dort dann vielleicht auch noch Anpassungen brauchen. Das Anliegen soll nicht vergessen gehen, aber es wurde hier ausgeklammert. In dieser Hinsicht werden die Tagesfamilien sicher auch einen Boom erleben. Das ist einmal die Prognose und wird für die Stadt Grenchen ebenfalls eine gute Weiterentwicklung sein. Die SP-Fraktion ist für das Reglement sowie die vorliegenden Lösungen und dankt allen Beteiligten.

- 2.4 Die glp, so Gemeinderat Patrick Zberg, bedankt sich bei der Arbeitsgruppe für die Arbeit, die sie geleistet hat. Man ist sehr ins Detail gegangen. Es ist im Grosse und Ganzen eine sehr gelungene Vorlage. Er hat sich persönlich auch erfreut, dass die Öffnungszeiten angepasst werden. So wie sie jetzt waren, hätte es für ihn mit zwei Kindern nicht funktioniert. Deshalb ist es nur richtig, dass man dort eine Anpassung vornimmt. Die glp ist für Eintreten und wird den Anträgen zustimmen.
- 2.5 Gemeinderat Richard Aschberger meint, dass die Systemumstellung schon lange fällig war. Man hätte es schon vor zehn Jahren machen können, war aber aus diversen Gründen noch nicht bereit dazu. Die verschiedenen Probleme konnten jetzt bereinigt werden. Die SVP-Fraktion wird der Reglementsänderung einstimmig zustimmen.
- Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung mit der neuen Subjektfinanzierung wird genehmigt.
- 4.2 Die Änderung des bestehenden Kita-Reglements von 2009 wird genehmigt (§ 5 Öffnungszeiten).

Vollzug: Stadtschreiberin

SV
Stadtschreiberin
PA
FV

2.9.4 / acs

Motion Fraktion SP: Grenchen wird zur „NO-Littering“ Stadt: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/24.11.2021

1 Erläuterungen

1.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Motion von der Baudirektion in Koordination mit den Schulen Grenchen beantwortet.

1.2 Gemeinderätin Angela Kummer ist sehr erfreut über die positive Aufnahme der Motion. Sie kann nur bestätigen, dass man schon sehr viel macht. Deshalb kann man sich auch das Label geben. Es ist eine Ausrichtung, die man entsprechend gut nach aussen verkaufen kann. Das wäre ganz wichtig. Die Schulen machen viel. Man hat angefangen, die Clean-Up Days zu organisieren. Es gibt die Littering-Raumpatenschaften. Das Littering-Label ist nicht vergleichbar mit dem Energiestadt-Label oder anderen Geschichten, die viel kosten und wo auch viel Arbeit dahinter ist. Vorliegendenfalls besteht schon vieles, das zu Marketingzwecken benutzt werden kann. Wenn man sich als Stadt besser verkaufen will, sollte man unbedingt ein wenig in diesem Bereich vorwärts machen. Vielleicht bräuchte es noch zusätzliche Abfalleimer oder die bestehenden müssten versetzt werden oder man könnte einmal eine Marketingaktion mit Klebern an den Abfall-eimern durchführen. Was man dann effektiv macht, wäre noch zu diskutieren.

1.3 Laut Stadtplaner Fabian Ochsenbein hat sich die Baudirektion damit auseinander gesetzt, was die Anforderungen und der Aufwand für das No-Littering-Label sind. Man muss fünf Massnahmen nachweisen. Das kann man zum Teil schon aus dem bestehenden Köcher herausziehen, gewisse Sachen kann man sicher noch entwickeln. Die Baudirektion ist der Meinung, dass sie das mit einem verhältnismässigen Aufwand leisten kann. Das erfolgt natürlich in Zusammenarbeit mit den Gruppen, die jetzt schon dabei waren, den Clean-Up Day auf die Beine zu stellen und die Raumpatenschaften zu organisieren. Heute war im Grenchner Tagblatt online zu lesen, dass jemand vergangene Woche einen alten Kleiderschrank im Naturschutzgebiet in den Witibach geworfen hat. Das zeigt, dass hier eine gewisse Sensibilisierung der Bevölkerung vielleicht nicht so schlecht ist. Die Baudirektion ist der Auffassung, dass das eine gute Sache ist und vor allem auch imagefördernd eingesetzt werden kann.

2 Eintreten

Eintreten ist obligatorisch.

3 Diskussion

- 3.1 Gemeinderat Patrick Zberg ist persönlich nicht unbedingt der grösste Fan der Labels, es gibt schon viele. Man kann fast für alles ein Label machen. Hier liegt der Fall so, dass die Stadt Grenchen leider noch keine No-Littering-Stadt ist. Man hat das Littering-Problem. Hier wird seit Jahren versucht, etwas dagegen zu tun. Er ist der Meinung, dass man bei dem No-Littering-Label mitmachen kann, um einmal aufzuzeigen, dass man Massnahmen ergreift, und zu probieren, das Problem in den Griff zu bekommen. Er hofft einfach, dass dies nicht einen wahnsinnigen Aufwand nach sich zieht und das Label mehr oder weniger mit den bestehenden Massnahmen erfüllt und die Situation entsprechend nach und nach verbessert werden kann. Die glp wird dem Geschäft zustimmen, weil es ein wichtiges Thema ist.
- 3.2 Gemäss Gemeinderat Peter Brotschi findet man nicht nur einen Schrank im Witibach vor, sondern ganze Wohnausstattungen im Wald oben. Die Bürgergemeinde Grenchen können hier ein Lied davon singen. Manchmal sind die Forstwarte auch Abholtransporteure. Man hat zwei Probleme mit der Ästhetik der Stadt: das eine ist der Abfall, der unsachgemäss und viel zu frühzeitig (bis 6 Tage vorher) herausgestellt wird, das andere ist Littering, d.h. der Abfall, der weggeworfen und liegengelassen wird. Auf seinem Weg nach Hause begegnen ihm x Sachen, die nicht auf den Boden gehören (Getränkedosen, Zigaretten etc.). Mehrheitlich handelt es sich um das Verpackungsmaterial der Konsumgesellschaft. In der Mitte-Fraktion wurde das Anliegen diskutiert und für gut befunden. Die Mitte wird dem auch zustimmen. Es besteht aber eine gewisse Gefahr, dass die Leute den Abfall weiterhin wegwerfen, wenn sie wissen, dass jemand hinterherräumt. Das ist der andere Aspekt, aber die Mitte ist der Ansicht, dass man das bekämpfen und dranbleiben muss. Es gilt weiterhin mit Zuckerbrot und Peitsche vorzugehen. Zuckerbrot bedeutet, dass man es wegräumt. Die Peitsche muss aber auch sein, denn Littering ist strafbar. Er wird darauf achten, dass dies auch eine Aufgabe der künftigen Gemeindepolizei in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei sein wird.
- 3.3 François Scheidegger führt aus, dass sich die Gemeinderatskommission auch schon mit der Thematik befasst hat. Das ist etwas Wichtiges. Er betont, dass es nicht ein Grenchen-spezifisches Problem ist, sondern eine allgemeine Problematik. Man muss nur die Autobahnausfahrten anschauen und sich achten, was dort alles herumliegt. Es ist absolut beschämend, wie sich die Gesellschaft verhält.
- 3.4 Gemeinderat Robert Gerber meint dazu: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Littering ist ein Ärgernis, eine Zeiterscheinung. Er bezweifelt, dass man mit einem Glanzprospekt oder einem Label Littering verhindern kann. Es ist auch mit der Sicherheit so - hier hat er eine gewisse Erfahrung - dass man mit Glanzprospekten weder objektiv noch subjektiv etwas zur Sicherheit beiträgt. Manchmal ist sogar das Gegenteil der Fall. Littering ist das eine, der Abfall das andere. Im Winter, wenn Schnee liegt, sieht man es weniger, es kommt erst im Frühling zum Vorschein. Was ihn aber enorm aufregt, ist die Abfalldeponie im Stadtzentrum, wo mehrere Tage vor der Kehrichtabfuhr die Abfallsäcke draussen stehen. Das ist für ihn das ganz grosse Ärgernis. Die FDP-Fraktion wird die Motion überweisen, weil man ein Zeichen setzen muss. Was der FDP noch ein wenig fehlt, ist das Preisschild (sei es das finanzielle oder das personelle). Irgendetwas wird es dann kosten. Das müsste in einem vernünftigen Mass sein. Wahrscheinlich sind mehr Massnahmen nötig und vielleicht braucht es dann einmal einen Abfall-Sheriff, der sich des Problems, vor allem des vorzeitigen Deponierens der Abfallsäcke annimmt. Die FDP ist für eine Überweisung, um ein Zeichen zu setzen.

- 3.5 Gemeinderat Fabian Affolter führt aus, dass die SVP-Fraktion nicht dagegen ist und das Problem ebenfalls sieht. Er hat betreffend Preisschild ein wenig herumtelefoniert. Eine Massnahme, die hier aufgezeigt ist, ist das Leeren der Abfalleimer an den Wochenenden an den Brennpunkten. Das macht man seitens Werkhof aufgrund fehlender Ressourcen nicht mehr. Die Stadtarbeiter, die das Wochenende für Wochenende ausgeführt haben, haben Überzeit angehäuft und mussten sie nachher wieder abbauen, was den Betrieb belastet hat. Hier stellt sich die Frage, was das kostet. Es klingt gut. Man muss sicher etwas machen. Für die SVP waren die Kosten das Thema. Hier fehlt ihr der Anhaltspunkt. Alles, was auf freiwilliger Basis unternommen wird (Clean-Up Days), ist gut. Hier ist die SVP sicher nicht dagegen. Er persönlich sieht, wie es draussen auf dem Land aussieht. Man muss definitiv etwas machen, aber einfach Hinterherputzen sollte man auch nicht. Es kann nicht sein, dass man Geld aufwirft, um Leute zu zahlen, die den andern hinterherputzen. Die Ressourcen fehlen, um dem nachzugehen, wer schuld ist, wer die Abfallsäcke frühzeitig draussen deponiert und wer jeden Tag seine Bierflasche am selben Ort aus dem Auto hinauswirft. Er kann Interessierten solche Stellen gerne zeigen - das ist überhaupt kein Problem - aber ob ein Label alleine ausmacht, dass dieses Problem behoben wird, das bezweifelt er.
- 3.6 Angela Kummer dankt für die kritische, aber doch wohlwollende Aufnahme des Vorstosses. Es ist nicht nur ein Label, es geht um eine Grundhaltung. Das Label ist das, was gegen aussen wirkt. Das soll keine Hochglanzbroschüre sein, sondern die Stadt soll eine möglichst proaktive Rolle einnehmen. Das anzugehen, soll nicht nur Sache des Werkhofs, der für die Abfallentsorgung und die Beseitigung des Abfalls im öffentlichen Raum zuständig ist, sondern aller städtischer Abteilungen und städtenaher Institutionen sein (z.B. was ist in den Schulen möglich, kann man das Netzwerk einbeziehen etc.?). Das Preisschild kann man so noch gar nicht setzen, weil es im Moment Ideen sind, die man auflistet und wo man schaut, wie es andere Städte machen. Man hat es in der Hand, wie viel es kostet und wie viel es einem auch wert ist. Selbstverständlich wird man nochmals darüber diskutieren, wie das an gewissen Brennpunkten aussieht und ob es dort nicht doch Manpower braucht. Aber man muss die Grundhaltung haben, dass man eine saubere Stadt will und kein Littering akzeptiert. Heute sieht es so aus, als ob man an gewissen Orten Littering tolerieren würde, weil ohnehin niemand dort ist und das Stadtbild dort nicht unbedingt toll aussieht. Das Thema „Abfallsünder direkt angehen“ ist extra in einer separaten Motion und diese wird zu einem anderen Zeitpunkt diskutiert werden.
- 3.7 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat gelesen, dass an Bushaltestellen Aschenbecher aufgestellt werden sollen. Es hat schon Abfalleimer dort. Man müsste die Leute dazu erziehen, ihre Zigaretten zuerst auszumachen und nachher in den Abfall zu werfen. Abfalleimer mit integrierten Aschenbechern sind sehr teuer. Es ist sicher nicht im Interesse der Motionärin, dass man viel Geld ausgibt. Im Sinne einer Anregung: Jeder Neuzuzüger, jede Neuzuzügerin in Grenchen bekommt eine Neuzuzügermappe. Warum legt man keinen KEBAG-Abfallsack hinein als Wink, dass in Grenchen damit entsorgt wird? Dann ist das eine Goodwil-Aktion, die etwas bei den Neuzuzügern anstösst, damit sie wissen, wie das hier funktioniert.
- 3.7.1 Laut Peter Brotschi könnte man anstatt eines KEBAG-Kehrriechtsacks auch nur eine Bündelmarke (bis 10 kg / 60 Liter) beilegen.
- 3.7.2 François Scheidegger erklärt, dass die Stadtschreiberin das Anliegen entgegennimmt.

- 3.8 Die These, so Daniel Hafner, dass man nicht hinterherputzen soll, kann man selbstverständlich stehen lassen. Er arbeitet am Bahnhof Süd. Das ist ein Brennpunkt. Die Reinigung kostet die SBB viel Geld. Der Bahnhof wird jeden Tag zweimal gereinigt (morgens und abends). Zwischendurch sieht er immer bedenklich aus. Wenn man das aber nicht machen würde, wäre das ein Bild, das niemand gerne sieht. Vis-à-vis seines Büros befindet sich das Kunsthaus, das eigentlich ein sehr schönes Ensemble ist. Davor hat es einen Abfalleimer, der regelmässig am Samstag oder spätestens am Sonntag überläuft. Es sieht nicht schön aus. Die Leute, die von auswärts mit dem Zug ankommen und am Sonntag zum Wandern auf den Grenchenberg wollen, sehen das als erstes Bild. Wenn er seitens Bürgerlichen hört, dass das etwas kostet, muss er sagen: Jawohl Sauberkeit kostet etwas, die Leute, die das wegräumen, verursachen Kosten. Wenn das einzig seligmachende Ziel der Bürgerlichen ist, Steuern zu senken und tief zu halten, dann wird man damit niemanden nach Grenchen lotsen, der in der Stadt wohnen will und einen anständig Lohn hat, weil die Stadt dreckig aussieht. Wenn etwas schmutzig ist, wird es schmutziger. Das ist empirisch. Wenn es sauber ist, respektiert man es eher. Es kostet in der Tat etwas, aber das muss es einen wert sein.
- 3.9 Man sollte, so François Scheidegger, aufpassen, dass man die Stadt nicht immer schlecht redet. Das macht auch keinen Sinn. Er gibt seinem Vorredner aber 100-prozentig recht: Wenn es sauber ist - das weiss man - ist die Hemmschwelle nachher viel grösser, Littering zu begehen. Ganz gleich verhält es sich bei den Sprayereien. Deshalb werden diese immer so rasch wie möglich beseitigt. Es trifft zu, dass es etwas kostet. Es gibt Orte, wo die Abfalleimer übervoll sind. Eigentlich ist das ja positiv. Es zeigt, dass die Leute den Abfall am richtigen Ort deponieren. Dann ist es Aufgabe der Stadt, dass man schaut, dass die Eimer dort rechtzeitig geleert werden.
- 3.10 Peter Brotschi ist auch der Meinung, dass man mehr investieren und mehr Abfall abtransportieren sollte, was sich auch auf das Preisschild auswirken wird. Man muss das aber im positiven Sinne sehen. Er selbst hat noch erlebt, dass man zweimal pro Woche den Abfall abgeholt hat.
- 3.11 Für François Scheidegger ist wichtig, dass man vermehrt mit Containern arbeitet. Es gibt gewisse Brennpunkte, wo er nicht mehr bereit ist, eine unbefriedigende Situation zu dulden. Er hat der Baudirektion hier ganz klar den Auftrag gegeben, sich etwas einfallen zu lassen. Wenn man die Ressourcen nicht hat, muss man es anders lösen und dann kostet es halt etwas.
- 3.12 Für Peter Brotschi ist die Abfallbewirtschaftung der SBB vorbildlich. An den Bahnhöfen gibt es Recyclingstationen, wo man die Abfälle getrennt entsorgen kann. Die Abfalleimer sind deshalb voll, weil oft auch Sachen drin sind, die nicht hineingehören (z.B. PET, Alu, Papier etc.).
- 3.13 Angela Kummer ist es auch ein Anliegen, dass es genügend Abfall-Container bei den Liegenschaften hat. Es geht aber heute explizit nicht darum, sondern um das Thema Littering. Man muss auch prüfen, ob die Abfalleimer am richtigen Ort stehen und allenfalls bestehende, die kaum benutzt werden, an Orte verschieben, wo ein höherer Bedarf besteht. Es sind kleine Massnahmen, die nicht viel kosten, aber eine grosse Wirkung haben.
- 3.14 Die SVP-Fraktion, so Fabian Affolter, ist sich bewusst, dass es Geld kostet, wenn man an Wochenenden wieder die Abfalleimer leeren geht. Sie ist nicht dagegen, möchte aber wissen, was es für Kosten generiert.
- 3.15 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: BD

BD
SV

7.2 / acs

Steuer-Initiative «Jetzt si mir draa» sowie Gegenvorschlag Parolenfassung für a.o. GV des VSEG

Vorlage: F+I / 20.02.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger führt in das Geschäft ein.

1.2 Finanzverwalter David Baumgartner fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, wurde die Steuerinitiative der SVP „Jetzt si mir draa“ in der Januarsession vom Kantonsrat klar und deutlich versenkt. Trotz aller Deutlichkeit des Resultats fürchtet man die Eigendynamik der Initiative, welche sich ohne Gegenvorschlag bei einer Urnenabstimmung entwickeln könnte. Daher wurde ein Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher vom Kantonsrat mehr oder weniger klar angenommen wurde. Beide Vorschläge bringen neben der Entlastung des Mittelstands auch grosse Steuerertragsausfälle für die Stadt Grenchen mit sich. Bei der Initiative würde dies jährlich ab 2030 8.3 Mio. Franken oder 25 Steuerpunkte betragen, was ziemlich massiv wäre. Beim Gegenvorschlag spricht man immerhin noch von 2.1 Mio. Franken oder 6 Steuerpunkten. In beiden Fällen müsste man die bisherige Steuerstrategie, jährliche Absenkung von einem Steuerpunkt bis hin aufs kantonale Mittel, aufgeben. Zugleich müsste man eine massive Steuererhöhung vornehmen, was alle bisherigen Sparanstrengungen und Effizienzprogramme der letzten 10 Jahre zunichtemachen würde - ein Desaster! Er persönlich hat als Kantonsrat dem weniger grossen Übel zugestimmt, dies damit die Initiative geringere Chancen hat, dieser Entscheidung war aber „contre cœur“. Denn eine Entscheidung zwischen Pest noch Cholera fällen zu müssen, ist nie gut. Daher war er sehr froh darüber, dass in der Mitte-Fraktion sich schnell eine klare Haltung herauskristallisierte, welche seinem Herzensentscheid nahe steht. Die Mitte wird die Initiative wie auch den Gegenvorschlag ablehnen und in der Stichfrage dem Gegenvorschlag den Vorzug geben.

2.2 Wieder einmal, so Gemeinderat Robert Gerber, geht es um Steuern. Steuern zahlt niemand gerne und jetzt kommen da zwei Vorlagen vor das Volk, die beide das Blaue vom Himmel herunter versprechen und den Steuerzahlenden vorgaukeln, es gehe ihnen nach einer Annahme einer der beiden Vorlagen viel, viel besser.

Dass der Kanton Solothurn in Sachen Steuerbelastung nicht zu den Musterknaben zählt, ist sattsam bekannt. Der Kanton Solothurn war auch einmal ein blühender Industriekanton. Das ist nicht mehr so - im Gegenteil. Das wurde verschlafen. Wenn man sich die Unterlagen des Nationalen Finanzausgleichs anschaut, ist der Kanton Solothurn einer der Schlusslichter. Wenn man nun meint, dieses Übel per Gesetz zu eliminieren, ist das nichts anderes als Augenwischerei. Einer zahlt, und zwar zahlen die Steuerzahlenden. Er betont, die Steuerzahlenden, nicht die Steuerpflichtigen. Das ist nämlich ein grosser Unterschied. Wie man ernsthaft dazu kommt zu behaupten, dass, wenn dem Staat oder der Gemeinde oder der Stadt Grenchen per Gesetz Millionen an Steuereinnahmen entzogen werden, er oder sie dann aufblühe und prosperiere, weiss er mit dem besten Willen nicht. Selbstverständlich ist auch er ein Sparapostel. Selbstverständlich ist auch er der Auffassung, dass es in Sachen Ausgaben keine Tabus geben darf, auch nicht im Sektor Bildung, auch nicht im Sektor Soziales. Es gibt in den Budgets der öffentlichen Hand keine Sektoren, die unter Heimatschutz stehen. Übrigens spart man ganz selten, man gibt nur weniger aus. In den Workshops „Strukturelle Defizite“ wurde dem Gemeinderat aufgezeigt, dass man einen strukturellen Fehlbetrag von gegen fünf Millionen Franken mitschleift. Aus den Debatten weiss man, wie schwierig es ist, Kosten zu senken. Da wird Zetermordio geschrien. Wenn eine der beiden Vorlagen angenommen würde und das städtische Budget auf einen Schlag einige Millionen an Steuereinnahmen verliert, glaubt doch niemand ernsthaft, dass das ohne Steuererhöhung vonstattengeht. Die Bemühungen des Gemeinderates, den städtischen Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen und die Steuerbelastung auf das kantonale Mittel zu senken, wären auf einen Schlag im Eimer. Anders sieht es auf Stufe Kanton aus. Der Steuerverlust würde sich in Grenzen halten und entspricht in etwa der Budgetgenauigkeit. In der Vorlage ist aufgezeigt, wie viele Steuerpunkte dann fehlen würden. Also ist die Steuersenkung eben Augenwischerei. Eine weitere Augenwischerei ist die Reduktion des Pendlerabzuges und die Erhöhung des Katasterwertes. Mit anderen Worten: Was die öffentliche Hand mit der einen Hand gibt, nimmt sie mit der anderen gleich wieder ein. Für die FDP-Fraktion ist klar, sie positioniert sich nach der Vorlage und lehnt sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag ab im Interesse der Stadt Grenchen. Die Stadt bestimmt selbst, wann und wie sie den Steuersatz senkt.

- 2.3 Gemeinderat Fabian Affolter schliesst sich den Vorrednern an und merkt an, dass die SVP wohl nicht ganz einstimmig den Anträgen der Vorlage zustimmen wird und eventuell noch Einzelsprecher etwas dazu sagen werden.
- 2.4 Gemeinderat Patrick Zberg meint, dass Steuersenkungen grundsätzlich immer der Attraktivität des Standorts dienen. Während die Initiative sicher zu hohen Ertragsausfällen führen wird, findet die glp, dass der Gegenvorschlag am richtigen Ort ansetzt. Er entlastet Familien mit mittleren Einkommen, also dort, wo solche Steuereinsparungen tatsächlich noch einen Unterschied machen. Entsprechend wird die glp für den Gegenvorschlag stimmen.
- 2.5 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, unterstützt die SP Fraktion, wie auch die Finanzkommission FIKO und der Kantonsrat, den Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Steuerinitiative „Jetzt si mir draa“. Der Gegenvorschlag setzt am richtigen Ort an. Nebst einer spürbaren Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen über den Einkommenssteuertarif sowie einer gezielten, spürbaren Entlastung der Familien soll der Kinderabzug von heute CHF 6'000.00 auf CHF 9'000.00 erhöht werden. Mit der geplanten Plafonierung des Pendlerabzuges auf CHF 7'000.00 nimmt der Kanton innerhalb der benachbarten Kantone nach wie vor eine Spitzenposition ein.

Die Erhöhung des Drittbetreuungsabzuges auf CHF 25'000.00 schafft den Anreiz, dass beide Elternteile berufstätig sein können. Dies würde auch den bestehenden Fachkräftemangel entschärfen. Die SP Fraktion wird dem Gegenvorschlag des Regierungsrates zustimmen und ist überzeugt, dass dieser zur Kompass-Strategie „Leben und Wohnen“ passt. Die Stadt Grenchen muss sich darum solidarisch an den Auswirkungen Steuervorlage beteiligen. Mit dem Gegenvorschlag profitieren diejenigen, welche dringend eine steuerliche Entlastung nötig haben. Die finanziellen Auswirkungen sind auch für die Stadt Grenchen tragbar. Nicht tragbar ist aus der Sicht der SP-Fraktion hingegen die Umsetzung der Initiative „Jetzt si mir daa“. Dies aufgrund der zu erwartenden, hohen Steuerausfälle für den Kanton und die Gemeinden. Die Initiative ist völlig unverantwortlich.

- 2.6 Gemeinderat Richard Aschberger spricht hier explizit als Einzelsprecher. Er möchte noch korrigieren, was sein Kollege Matthias Meier-Moreno gesagt hat: Es ist nicht eine SVP-Initiative, das Initiativkomitee ist sicher bürgerlich geprägt, aber es hat Leute aus dem ganzen Spektrum dabei. Es war keine reine SVP-Übung, auch wenn man jetzt versucht hat, es zu unterstellen. Er wird dem ungerechten Gegenvorschlag wegen der Begrenzung des Pendlerabzugs und der Erhöhung des Kinderabzugs sicher nicht zustimmen. Im Herbst 2022 wird die Revision der Katasterschätzung kommen. Je nach Lage einer Liegenschaft wird der Systemwechsel zu massiven steuerlichen Mehrbelastungen führen. Das wurde absichtlich von der Steuerinitiative und dem Gegenvorschlag getrennt. Im Jahr 2022 werden voraussichtlich die Kosten der Sonderpädagogik voll und ganz dem Kanton zugeschrieben („Sunset Clause“). Dies führt zu einer Verschiebung der 20 Mio. Franken von den Einwohnergemeinden zum Kanton. Die Abschaffung der Stadtpolizei, wo man in den letzten Monaten verschiedene Zahlen zwischen 1 und 2.5 Mio. Franken gehört hat, entlastet das städtische Budget jährlich. Dann hat man rund 14 Mio. Franken bereits in den Vorfinanzierungen drin. Wenn gesagt wird, dass man sich 1 oder 2 Mio. Franken unmöglich leisten kann, soll man einmal daran denken, dass man bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen auch einmal 21 Mio. Franken hatte. Jetzt ist man irgendwo bei 5 Mio. Franken. Man hat ein Delta von 16 Mio. Franken, auch wenn es Gegenmassnahmen gegeben hat, wie z.B. mit der Stapo, so fehlen immer noch x Mio. Franken und man ist immer noch da. Er wird dem, was in der Vorlage beantragt ist, sicher nicht zustimmen, sondern er wird für die Initiative sein, aber hier geht es nur um eine Weisung gegenüber dem Stadtpräsidenten, was er an der VSEG-Sitzung abstimmen soll.
- 2.7 Gemeinderat Peter Brotschi wird hier zähneknirschend zustimmen. Er ist schon lange in der Politik und gehört auch dem Mittelstand an. Es würde ihn freuen, wenn man wirklich einmal die Steuern für den Mittelstand substantiell senken würde. Er möchte das noch einmal erleben - aber es wird wohl nicht der Fall sein. Wenn man das Gesamtvolumen der Steuereinnahmen der Stadt anschaut, dann hat man vor allem ein Problem bei den Juristischen Personen. Er würde ohne Zögern dem Gegenvorschlag zustimmen, wenn das Ertragsvolumen der Juristischen Personen noch zwischen 10 und 20 Mio. Franken wäre. Man hat dort das Einnahmeproblem, nicht bei den Natürlichen Personen. Er wird nicht aufhören, immer wieder darauf hinzuweisen. Wenn ihm Wirtschaftsleute aus dem Kanton sagen, dass hier etwas nicht stimmt, dann glaubt er das. Die gesellschaftliche Verantwortung wird von der Wirtschaft und der Industrie in Grenchen nicht wahrgenommen.

- 2.8 Auf der einen Seite, so François Scheidegger, werden die Steuern gesenkt, auf der anderen Seite werden die Katasterwerte angepasst, was wieder Auswirkungen auf das Einkommen haben wird. Der Finanzverwalter hat in seinem Auftrag abgeklärt, was das ausmacht.
- 2.9 Gemäss David Baumgartner wird die Mehrbelastung 1.2 Mio. Franken betragen.
- 2.10 François Scheidegger meint, dass der Ansatz der Initiative völlig falsch ist. Der finanzschwache Kanton Solothurn wird dadurch zusätzlich geschwächt werden. Was ihn auch ärgert, ist einmal mehr das ganze Vorgehen der Solothurner Regierung, die eine Vorlage unter Ausschluss der Hauptbetroffenen, der Gemeinden, ausarbeitet. Man hatte das grosse Glück, dass man im VSEG einen Tag vor Publikmachung dank dem neuem Finanzdirektor Peter Hodel informiert wurde. Man hat nichts aus STAF II gelernt. Schon dort hat der Kanton in seinen Augen ein Trauerspiel abgegeben. Die Sache hat direkte finanzielle Auswirkungen: der Gegenvorschlag 2 Mio. Franken, die Initiative 8 Mio. Franken. Beim Kanton gehen die paar Mio. Franken im Rahmen der Budgetunschärfe einfach im Grundrauschen unter. So wird mit den Gemeinden umgegangen. Das ist das, was ihn bei dieser ganzen Geschichte vor allem aufregt.
- 2.11 Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer haben hier im Rat gewisse Leute verschiedene Hüte an, sei es den Gemeinderats- oder den Kantonsratshut. Sie ist dennoch etwas erstaunt über die Mitte und die FDP, deren Kantonalparteien dem Gegenvorschlag mehrheitlich zugestimmt haben. Sie sieht, dass die ganze Geschichte für die Gemeinden schwierig ist. Aber auch die sogenannte Familienpartei hat immer gesagt, dass ihr längerfristiges Ziel ist, tiefere und mittlere Einkommen zu entlasten. Jetzt hätte man mit dem Gegenvorschlag diese Variante auf dem Tisch. Die Diskussionen, was man dann mit was vergleicht, sind jeweils interessant. Von der Initiative muss man gar nicht reden, da sie nicht finanzierbar ist. Das geht effektiv nicht. Es geht in ihren Augen um Steuergerechtigkeit. Wenn man als Kanton und als Gemeinden im schweizweiten Vergleich besser dastehen will, muss man etwas machen. Ihres Erachtens bringt der Gegenvorschlag mehr Steuergerechtigkeit. Es könnte aber sein, dass gewisse Gemeinden gezwungen sein werden, die Steuern zu erhöhen. Das kann man hier offen diskutieren. Man kann nicht sagen, dass das dann gar nicht das Thema sein wird. Es gibt aber trotzdem noch Stellschrauben (Finanzlastenausgleich), die man dann anschauen muss. Mit dem Gegenvorschlag sieht sie eine Variante, die auch für die Stadt Grenchen möglich sein sollte.
- 2.12 Für Robert Gerber, FDP-Gemeinderat, steht die Stadt Grenchen im Vordergrund. Er musste letztthin den Medien erklären, dass sein Name Gerber und nicht FDP ist. Er genießt die Unabhängigkeit, die er heute hat, dass er nämlich sagen darf, was er denkt, und nicht das vertreten muss, was irgendein Parteioberer sagt. Man hat die Regierung letztes Jahr mit Glanz und Gloria gewählt und sie in jeder Ortschaft auch mit Glanz und Gloria empfangen. Kurz darauf wird wieder gesagt, dass sie nicht so viel wert sind. So stellt er sich den Umgang mit den Gemeinden auch nicht vor, aber anscheinend werden weitere Vorlagen ebenfalls so vorbereitet, dass die Gemeinden aussen vor gelassen werden. Das ist nicht gut.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.1 der Vorlage wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

3.2 Ziff. 4.2 wird mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

3.3 Ziff. 4.3 wird mit 12 : 3 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Der Gemeinderat beschliesst die Parole, die Steuer-Initiative abzulehnen und an der a.o. GV des VSEG vom 10. März 2022 diesen Beschluss zu vertreten.

4.2 Der Gemeinderat beschliesst die Parole, den kantonalen Gegenvorschlag zur Steuer-Initiative „Jetzt si mir draa“ abzulehnen und an der a.o. GV des VSEG vom 10. März 2022 diesen Beschluss zu vertreten.

4.3 Stichfrage: Für den Fall, dass beide Vorlagen angenommen werden, beschliesst der Gemeinderat die Parole, den Gegenvorschlag zu unterstützen und an der a.o. GV des VSEG vom 10. März 2022 diesen Beschluss zu vertreten.

Vollzug: KZL

FV

9.1.1 / acs

Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard, Grenchen: Wahl der Revisionsstelle für Amtsperiode 2022-2025

Vorlage: StiraB 623/10.12.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger fasst die Vorlage zusammen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Wadsack AG, mit Büros in Zug, Solothurn und Grenchen wird für die Dauer der Amtsperiode 2022 - 2025 als Revisionsstelle der Stiftung Adrian Girard und dessen Nachkommen Maria Dorer-Girard und Arthur Girard, gewählt.

Zu eröffnen an: Wadsack Solothurn AG, Centralstrasse 8, 2540 Grenchen

Vollzug: KZL

Stiftung Adrian Girard
FV

9.6.0 / acs

SDOL: Pensenerweiterung im Bereich "Sachbearbeitung Finanzierung Kinderschutzmassnahmen und Sachbearbeitung KES", 80 %, Nachtragskredit

Vorlage: SDOL/24.04.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Reto Kämpfer, Leiter SDOL, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Gemäss Gemeinderat Daniel Hafner ist es im Interesse einer Kommune, dass der Kinderschutz im Ereignisfall im höchsten Mass professionell gehandelt wird. Wenn man die Entwicklung der Fallzahlen in den letzten vier Jahren sieht, ist das sehr eindrücklich. Es ist zu einer Verdoppelung gekommen. Entsprechende Massnahmen sollten, wenn immer möglich, im Rahmen eines Familiensystems durchgeführt werden. Das bedingt natürlich auch ein hochprofessionelles Umfeld. Damit die Professionalität mit der Stellenerweiterung von 80 % gewährleistet werden kann, wird die SP-Fraktion der Vorlage zustimmen, insbesondere deshalb, weil die Finanzierung zum grössten Teil durch den Kanton erfolgen soll. Sie wird beide Anträge gutheissen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno macht darauf aufmerksam, dass die Abkürzungen „SA WSH KS“ im Stellenbeschrieb für den Gemeinderat nicht lesbar sind. Er bittet, die Dokumente so abliefern, dass man es lesen kann.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Von der Pensenerweiterung von 80 % im Bereich „Sachbearbeitung Finanzierung Kinderschutzmassnahmen und Sachbearbeitung KES“ ab 1. April 2022 im Rahmen des bestehenden Rahmenstellenplans wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Zu Lasten Konto Nr. 5726.3010.06 „Löhne Sozialdienst, KES“ wird ein Nachtragskredit von CHF 60'000.00 plus 20 % Sozialleistungen für das Rechnungsjahr 2022 bewilligt.

Vollzug: SDOL, PA

SDOL
PA

0.2.2 / acs

Kreditüberschreitung 2021: Besoldungen SDOL

Vorlage: SDOL/PA / 21.02.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Gemeinderat Patrick Zberg hätte gerne eine Tabelle mit sämtlichen Positionen gehabt.

2.2 Damit die Vorlage, so Esther Müller-Cernoch, nicht vertraulich gekennzeichnet werden musste, wurden nur die Hauptzahlen aufgeführt.

2.3 Stadtpräsident François Scheidegger meint, dass man die Detailzahlen in einer vertraulichen Beilage hätte mitliefern können.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Kreditüberschreitung von CHF 144'352.85 zu Lasten ER 2021 Konto 5726.3010.00, Löhne Support Soziale Dienste Oberer Leberberg, wird bewilligt.

Vollzug: FV

PA
SDOL
FV

9.2.1 / acs

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz: Verabschiedung von Sicherheitsleitbild und Reglement

Vorlage: Sicherheitsbeauftragter/Stadtschreiberin / 24.02.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Feuerwehrkommandant Thomas Maritz, Sicherheitsbeauftragter (SiBe), fasst die Vorlage zusammen.
- 1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, und Stadtschreiberin Luzia Meister geben ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, kommt der Arbeitssicherheit und dem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz heute eine immer höhere Bedeutung zu. Zurecht wurden diese wichtigen Vorgaben in den letzten Jahren verschärft. Für die Stadt Grenchen betrifft die Sicherheit zwei Bereiche; einmal als Arbeitgeberin und einmal als Eigentümerin/Betreiberin der Anlage. Als Arbeitgeberin ist die Stadt Grenchen für die Sicherheit und Gesundheit ihrer Arbeitnehmer verantwortlich. Dieser Bereich ist im umfangreichen Reglement über Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz geregelt. Wichtig ist nur, dass die Normen und Sicherheitsleitbilder auch dementsprechend gehandhabt und angewendet werden. Es gibt leider viele Beispiele aus der Praxis, wo Mitarbeiter mangels fehlender Schutz- und Arbeitskleider von Seiten des Arbeitgebers auf diese verzichten oder selbst gekaufte, zum Teil minderwertige Produkte bei der Arbeit verwenden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Vorlage.
- 2.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno begrüsst die Mitte-Fraktion grundsätzlich die Stossrichtung für Sicherheit und Gesundheitsschutz respektive Gesundheitsförderung mittels Sicherheitsleitbild und Reglement sehr. Trotz der sehr aufschlussreichen Vorlage hat sie aber einige Fragen zur Umsetzung, welche zwar nicht Gegenstand der zu verabschiedenden Reglemente ist, aber trotzdem irgendwie dazugehört und sie brennend interessiert. Deshalb wird er in der Detailberatung noch auf zwei, drei Punkte eingehen. Die Mitte wird trotz ihrer Fragen, welche sie noch stellen wird, auf das Geschäft eintreten und das Leitbild wie auch das Reglement verabschieden.
- 2.3 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion das Arbeitssicherheitsreglement begrüsst. Sie tritt auf das Geschäft ein und wird den Anträgen zustimmen.

- 2.4 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, ist es ein wichtiges Anliegen jedes vernünftigen und guten Arbeitgebers, dass er für die Sicherheit seiner Mitarbeitenden alles gibt und auch vorsorgt. Es ist aber auch von grösster Wichtigkeit, dass, wenn etwas passiert, vorher alles dokumentiert wurde, was gemacht wurde, sonst wird dann der eine oder andere zur Verantwortung gezogen. Die FDP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und dem auch zustimmen. Was ihn persönlich etwas bedrückt, ist, dass die Eigenverantwortung immer mehr den Bach runter geht. Das ist eine Zeiterscheinung - ähnlich wie das Littering-Problem - die nicht gut ist.
- 2.5 Gemeinderat Patrick Zberg ergänzt, dass auch die glp für Eintreten ist und den Anträgen zustimmen wird.
- 2.6 Luzia Meister verweist darauf, dass im Sicherheitsleitbild und im Reglement die Eigenverantwortung drin ist. Dem kann sich niemand entziehen. Das ist wichtig, und zwar nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für das Team.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Matthias Meier-Moreno verweist auf § 6 (Aufgaben und Kompetenzen), wo in Ziff. 2 zwischen den Wörtern „Vorgesetzten“ und „wahr“ der Leerschlag fehlt. Zu § 7 (Aufgaben des Personalamts), Ziff. 5 (Absenzenmanagement) fragt er, ob dies ein reiner Verwaltungsakt ist oder man dem proaktiv begegnet, z.B. bei Häufung von Fällen.
- 3.1.1 Esther Müller-Cernoch erklärt, dass das Personalamt irgendeinmal nachfragt und es den Vorgesetzten meldet (z.B. wenn jemand immer am Montag oder Freitag krank ist).
- 3.2 Matthias Meier-Moreno bezieht sich auf § 8 (Pflichten und Rechte der Vorgesetzten und Mitarbeiter) und hat zu den Ziffern 6 und 7 folgende Fragen: Bei Nichtergreifung von Massnahmen sowie Beobachtungen und Vorschläge an den Vorgesetzten oder BeSiBe: Geschieht dies anonym? Wie wird der Mitarbeitende geschützt, wenn er etwas beanstandet?
- 3.2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wird das situativ gehandhabt, normalerweise spricht man miteinander.
- 3.2.2 Es ist geplant, so Thomas Maritz, dass die Anonymität gewahrt sein soll. Es darf aber nicht ein Instrument sein, um Sheriff zu spielen und alles zu bemängeln. Man muss es mit Sachverstand handhaben, es gibt keine Regel, es ist personenabhängig.
- 3.2.3 Matthias Meier-Moreno findet, dass man die BeSiBes ausbilden und schützen muss.
- 3.2.4 Gemeinderat Daniel Hafner ergänzt, dass Vorgesetzte ein Vorbild sein müssen. Sie sind in der Pflicht und stehen in der Verantwortung.
- 3.2.5 Thomas Maritz bestätigt, dass die Verantwortung in der Abteilung ist.
- 3.2.6 Patrick Zberg weist darauf hin, dass es in der Privatwirtschaft die Möglichkeit gibt, Rückmeldungen anonym einzugeben (via Mail, Briefkasten oder Webseite).
- 3.3 Matthias Meier-Moreno erkundigt sich betreffend § 19 (Gesundheitsprävention), Ziff. 1 (Massnahmen zum Schutz der physischen und psychischen Gesundheit der Mitarbeitenden), wie man dies insbesondere bei psychischen Problemen umsetzt. Diese erkennt man nicht wie bei physischen Problemen auf den ersten Blick.

- 3.3.1 Laut Esther Müller-Cernoch ist das eine schwierige Frage. Es ist vor allem Aufgabe der Vorgesetzten, die den Mitarbeitenden am nächsten sind, oder der Bereichsleiter, wahrgenommene Veränderungen im Arbeits- und Leistungsverhalten oder im Sozialverhalten zu thematisieren. Fallen Mitarbeitende wegen Krankheit länger aus, ist schnelles Handeln angesagt. Dazu gibt es das Case-Management der AXA. Die Case-Manager sind geschulte Leute. Je weniger Zeit verstreicht, desto höher ist die Erfolgsquote für die Genesung und Reintegration der Betroffenen.
- 3.3.2 Gemäss Luzia Meister ist der häufigste Fall, dass aus dem Betrieb selbst Belastungen entstehen. Eine Supervision beispielsweise kann hier zur Krisenbewältigung und Krisenprävention beitragen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Sicherheitsleitbild wird genehmigt.
- 4.2 Das Reglement Arbeitssicherheit wird genehmigt.

Vollzug: SiBe, PA, AVK

SiBe Thomas Maritz
PA

0.2.2 / acs

Motion Patrick Zberg (glp): Volksentscheid zur Aufhebung Polizeikorps Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/02.03.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführte, wurde die Motion von Stadtschreiberin Luzia Meister in Koordination mit der Gemeinderatskommission beantwortet.

1.2 Gemeinderat Patrick Zberg erklärt, dass er es mit einer Motion probiert hat. Die Antwort hat er erhalten. Es lohnt sich nicht mehr, darüber zu diskutieren. Er dankt für die Abklärungen. Als Konsequenz hat er heute eine neue dringliche Motion eingereicht.

2 Eintreten

2.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill gibt kurz ein paar Informationen:

An der letzten Gemeinderatssitzung wurde entschieden, dass die Stadtpolizei in die Kantonspolizei integriert wird. Zwei Tage nach der Gemeinderatssitzung hat der Polizeikommandant Thomas Zuber dem Korps der Stadt- und Kantonspolizei den weiteren Verlauf und die Integration in die Kantonspolizei präsentiert. Am 24. Februar 2022 waren Gemeinderat Robert Gerber und er bei der Regierungsrätin Susanne Schaffner und beim Polizeikommandanten Thomas Zuber. Die Projektorganisation wurde personell bereinigt und besteht aus dem Lenkungsausschuss, der Projektleitung und dem Projektteam. Ein nächster Schritt der Regierung ist das Ausarbeiten einer Kantonsratsvorlage mit der Beantragung eines Kredites für die Umsetzung des Projektes „Stadtpolizei“. Damit der Kantonsrat die Vorlage behandeln kann, müssen zuerst die Sachkommissionen wie Justizkommission JUKO und Finanzkommission FIKO darüber befinden. Das alles braucht eine Vorlaufzeit, damit das dem Korps versprochene Ziel, die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei bis Ende 2022, erreicht werden kann. Die SP-Fraktion wird auf die Motion, wie in der Vorlage dargelegt, nicht eintreten.

2.2 François Scheidegger weist darauf hin, dass gegenüber dem Personal das Versprechen abgegeben wurde, den Prozess möglichst rasch vorwärtszutreiben.

2.3 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hält fest, so wie es auch in der Beantwortung der Motion unter Ziff. 2.1 und 2.3 geschrieben steht, dass die Gemeinderatskommission aus politischen Gründen eine Urnenabstimmung angestrebt hat. Dies wäre für alle Beteiligten die sauberste und transparenteste Lösung gewesen und hätte eine breite Diskussion über die Finanzlage möglich gemacht.

Umsetzen wollte man dies mittels Anwendung des Corona-Sonderrechts, das eine Ausnahmegewilligung vorsieht und den Entscheid direkt an der Wahlurne gebracht hätte. Leider wurde dieses Unterfangen vom Regierungsrat untersagt und es wurde keine Ausnahmegewilligung erteilt, was es zu respektieren gilt.

- 2.4 Gemäss François Scheidegger sind kommunale Konsultativabstimmungen an der Urne nicht zulässig, aus dem Gedanken heraus, dass, wenn man etwas will, man wissen muss, was und warum man etwas will. An der letzten GR-Sitzung wurde beschlossen, dass man an die Gemeindeversammlung geht. Es werden unwahre Geschichten erzählt. Alle wissen, dass die Gemeinderatskommission das Geschäft nur vorberaten hat. Den Beschluss hat anschliessend der Gemeinderat gefällt.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird ungültig erklärt.

Stapo
PA
Marc Hauser, VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.3 / acs

Dringliche Motion Patrick Zberg (glp): Gemeindeordnung: Ergänzung § 65 mit Abs. 5: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung

Vorlage: Schreiben Patrick Zberg/08.03.2022

1 Erläuterungen

- 1.1 Gemeinderat Patrick Zberg liest folgenden Motionstext vor und gibt ergänzende Erläuterungen:

Antrag:

Der Gemeindeversammlung wird folgender Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt:

*§ 65 der Gemeindeordnung wird mit folgendem Wortlaut ergänzt (Absatz 5):
„⁵ Über eine allfällige Abschaffung der Stadtpolizei ist abschliessend an der Urne zu befinden.“*

Begründung:

Dem Gemeinderat wird beantragt, die Motion Patrick Zberg „Volksentscheid zur Aufhebung des Polizeikorps der Stadt Grenchen“ ungültig zu erklären. Zur Begründung wird ausgeführt, dass eine Motion nur etwas verlangen könne, was in der Kompetenz des Gemeinderates liege. Da der Motionsantrag nicht in der „Möglichkeit“ des Gemeinderates liege, sei er ungültig. Die gleiche Stossrichtung verfolgt eine Unterschriften-sammlung, welche möglicherweise aus den gleichen Gründen ungültig ist.

Mit anderen Worten kann eine Urnenstimmung zur Abschaffung der Stadtpolizei nicht zwingend erfolgen, weil eine entsprechende gesetzliche Grundlage im Gemeindegesetz oder in der Gemeindeordnung fehlt. Somit ist in der Gemeindeordnung eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Zur Dringlichkeit:

Für den Fall, dass der Gemeinderat die Motion erheblich erklärt, erweist sich die Beschwerde des Motionärs gegen den Beschluss des Gemeinderates vom 1. Februar 2022 als überflüssig; er wird seine Beschwerde deshalb umgehend zurückziehen.

2 Diskussion

- 2.1 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno müsste der Gesetzestext juristisch unanfechtbar sein (*Über eine allfällige Abschaffung der Stadtpolizei ist abschliessend an der Urne zu befinden.*). Ist „Abschaffung“ die richtige Wortwahl? Ist es nicht eher eine Reduktion des Bestandes?

- 2.2 François Scheidegger meint, dass Patrick Zberg das Wording vom Gemeinderatsbeschluss übernimmt. Der Gemeinderat hat beschlossen, das städtische Polizeikorps und alle Stellen aufzuheben sowie neue Stellen zu schaffen. Es wurde auch beschlossen, die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton zu kündigen. Folgende Aufgaben, die in der Gemeindeordnung drin sind, will man aber behalten: Verkehrsmassnahmen, Bewilligungswesen für Veranstaltungen, Vertretung gegenüber Handels- und Gewerpolizei und Zuständigkeit für die Belange der Marktpolizei und des Taxiwesens sowie Verkehr. Die Gemeinderatskommission hat erklärt, dass das Korps wieder aufgestockt würde, wenn es sich nicht bewähren sollte.
- 2.3 Wenn das Wording so stehen bleibt, kann Gemeinderat Peter Brotschi der Ergänzung der Gemeindeordnung nicht zustimmen. Man wird die Polizei nicht „abschaffen“. Er stört sich an der Begrifflichkeit „Abschaffung“.
- 2.4 Gemäss François Scheidegger geht es um einen Kompromiss und darum, dass die Beschwerde zurückgezogen wird, damit man weiter machen kann.
- 2.5 Stadtschreiberin Luzia Meister führt aus, dass man an der Formulierung noch feilen muss, damit es sicher stimmt und dem entspricht, was gemeint ist. Die Gemeindepolizei bleibt. Man spricht andernorts auch von Ortspolizei. Es wird eine Vorlage ausgearbeitet, die nochmals in den Gemeinderat kommt.
- 2.6 Die Mitte-Fraktion, so Peter Brotschi, wird die dringliche Motion aufgrund der Erläuterungen durch die Stadtschreiberin erheblich erklären.
- 2.7 Wie François Scheidegger anmerkt, kommt der definitive Wortlaut mit der Vorlage. Sie muss selbstverständlich dem Anliegen des Motionärs entsprechen.
- 2.8 Daniel Hafner erkundigt sich, ob die Beschwerde eine Chance hat.
- 2.9 François Scheidegger denkt nicht, dass sie eine Chance hat. Der Gemeinderat hat alles richtig gemacht. Aber es geht darum, dass man jetzt mit dem Prozess vorwärts machen kann und keine Unsicherheit mehr beim Kanton besteht.
- 2.10 Vize-Stadtpräsident Remo Bill erklärt, dass Regierungsrätin Susanne Schaffner erst eine Vorlage erarbeiten kann, wenn klar ist, was am 1. Februar 2022 entschieden wurde. Wenn man die Beschwerde weiterlaufen lässt, könnte es eine Fristverlängerung geben und man würde das Ziel Ende Jahr nicht erreichen. Die Schwierigkeit besteht mit dem Korps der Stadtpolizei. Ihnen hat man versprochen, dass der Übergang Ende Jahr vollzogen wird.
- 2.11 Gemeinderätin Angela Kummer möchte wissen, wie der Zeitplan wäre, wenn man die dringliche Motion erheblich erklären würde.
- 2.12 François Scheidegger antwortet, dass die Ergänzung der Gemeindeordnung in die Gemeindeversammlung müsste. Angenommen es käme zur Urnenabstimmung, dann müsste man sich nichts vormachen. Das Korps müsste man wieder neu aufbauen. Der Gemeinderat hat Fakten geschaffen.
- 2.13 Laut Robert Gerber ist das Wording das Problem. Stadtpolizei ist kein wissenschaftlicher Begriff. Den hat man irgendeinmal geschaffen. Die polizeilichen Aufgaben, die jede Gemeinde in diesem Kanton hat - die grösseren etwas mehr als die kleineren Gemeinden – kann man nicht einfach abschaffen, sondern die muss man erfüllen. Womit sie erfüllt werden, ist dann die andere Frage. Das Korps ist am Herunterfahren, es gab Pensionierungen und es gibt Kündigungen. Hat jemand das Gefühl, man könne das Korps innert zwei Monaten wieder hochfahren? Das würde etwa zweieinhalb Jahre dauern.

- 2.14 Daniel Hafner betont, dass der Gemeinderat Exekutive einer Stadt mit 18'000 Einwohnern ist. Man ist sich einig, dass einiges beim Aufgleisen des Geschäfts schiefgelaufen ist. Man hat es im Herbst 2021 verpasst, eine entsprechende Vorlage zu erarbeiten und den politischen Weg zu gehen. Der Gemeinderat hat sich aber jetzt entschieden. Was Patrick Zberg jetzt macht, ist fahrlässig mit den Ressourcen der Stadt und des Polizeikorps umzugehen. Hat er sich schon überlegt, was es für die Korpsangehörigen bedeutet? Man ist nicht hier zum Plausch, sondern hat eine gewisse Verantwortung. Er sieht das Allgemeinwohl, das Patrick Zberg anstrebt, hier nicht. Dieser hat entsprechende Verantwortung als Exekutivmitglied. Er hat es probiert mit der Motion „Volksentscheid zur Aufhebung Polizeikorps Stadt Grenchen“ - à la bonne heure. Es ist keine rechtliche Grundlage für die Motion da. Jetzt kommt er mit dieser Geschichte, nur damit der Gemeinderat eine eingereichte Beschwerde verhindern kann. Es ist wahnsinnig. Man bleibt über Monate hinweg in den Schlagzeilen und das sorgt für Verständnislosigkeit und Kopfschütteln. Er bittet Patrick Zberg, seine Verantwortung angesichts der Stadt und der Bürger dieser Stadt wahrzunehmen. Er soll sich einmal überlegen, was in den letzten Wochen und Monaten in einem Stadtpolizisten vorgegangen ist. Sein neuer Vorstoss löst die Geschichte nicht, sondern verlängert sie.
- 2.15 Laut François Scheidegger löst man das Problem einmal vorläufig, indem man weitermachen kann.
- 2.16 Matthias Meier-Moreno plädiert dafür, die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit sich die Fraktionen beraten können, um nachher einen intelligenten Entscheid fällen zu können.
- 2.17 Intelligent wäre für Daniel Hafner, wenn der Beschwerdeführer in sich gehen und überlegen würde, was er hier macht. Das wäre weise und verantwortungsbewusst. Es ist in der Tat so, dass man daraus eine riesige Geschichte machen kann. Er weiss nicht genau, was der Zweck ist. Will sich die gip in ein bestimmtes Licht stellen? Es hat auf jeden Fall einen sehr populistischen Touch. Es wurde genug debattiert, jetzt ist die Zeit gekommen, verantwortungsbewusst und weise voranzugehen. Er checkt die Taktik von Patrick Zberg nicht. Er weiss nicht, wem sie gut tun soll, auf jeden Fall zuletzt der Stadt.
- 2.18 Esther Müller, Leiterin Personalamt, informiert, dass aufgrund des GR-Beschlusses vom 1. Februar 2022 der Prozess der Kündigungen der Mitarbeitenden angefangen hat. Sie muss Kündigungsfristen von 6, 9 oder 12 Monaten einhalten. Heute wurden Briefe an die Korpsangehörigen betreffend das rechtliche Gehör verschickt. Jedem einzelnen Mitarbeitenden muss das rechtliche Gehör gewährt werden. Jedem Mitarbeitenden muss nachher fristgerecht der Vertrag aufgelöst werden. Man muss sich bewusst machen, was das für die Leute bedeutet. Sie sind hin- und hergerissen und wissen am Schluss nicht, wie es genau weitergeht. Die Stadt macht sich lächerlich, wenn es dann plötzlich doch heisst, dass alles nichtig ist. Die Mitarbeitenden sind diejenigen, die am meisten leiden.
- 2.19 Patrick Zberg insistiert, dass der Stimmbürger von Grenchen das Recht hat, sich zu diesem Thema zu äussern. Das konnte er bisher nicht tun. Mit dieser Vorlage schafft man die rechtliche Grundlage. Das war gemäss der Stadt auch von Anfang an die Idee. Er findet es wichtig, dass man dem Stimmbürger die Möglichkeit gibt, sich hier zu äussern. Es wäre von ihm aus gesehen unverantwortungsvoll, wenn sich die Exekutive, die vom Volk gewählt ist, nicht dafür einsetzen würde, dass sich die Leute wirklich dazu äussern können.
- 2.20 François Scheidegger gibt zu bedenken, dass die Zuständigkeiten so sind, wie sie eben sind. Der Gemeinderat ist z.B. Planungsbehörde. Es ist auch nicht die Gemeindeversammlung oder die Urne.

Vorliegendenfalls geht es um eine operative Geschichte. Der Gemeinderat bestimmt den Korpsbestand sowie über die Aufhebung und Schaffung von Stellen. Man kann die Verantwortung nicht immer abschieben. Man ist gewählt, um die Verantwortung zu übernehmen.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen, damit sich die Fraktionen besprechen können.

- 2.22 Damit die Kirche, so Robert Gerber, im Dorf bleibt, ist die FDP-Fraktion damit einverstanden, dass die Motion, so wie sie vorliegt, überwiesen wird, obwohl der Zeitplan jetzt natürlich mit einem Hemmschuh versehen und das Personal weiter auf die Folter gespannt wird, was eigentlich nicht vorgesehen ist. Er hat noch eine Bitte: Wenn es dann zu einer Volksabstimmung kommt, soll man dem Volk reinen Wein einschenken und den handgemachten Lügen entgegenen, man wolle hier das System des Kantons Bern installieren, was eben nicht stimmt. Es wird jetzt schon überall kolportiert, die Stadt müsse dann etwas zahlen. Es ist im Kanton Solothurn so geregelt, dass man als Gemeinde nichts zahlen muss. Im Kanton Bern hingegen müssen die Gemeinden für die Aufgaben der Kantonspolizei zahlen. Mit dieser Wahrheit muss man dann herausgehen. Ob man dann dem Kanton noch freiwillig 2 Mio. Franken geben will, da ist er nicht ganz sicher.
- 2.23 Matthias Meier-Moreno erklärt, dass sich die Mitte der FDP anschliesst. Sie wird hier auch zustimmen. Selbstverständlich ist sie nicht ganz einverstanden und hat ein Problem mit dem Wording. Sie erwartet eine entsprechende Vorlage und er hofft, dass man es noch einwandfrei darlegen und beschreiben kann. Dann wird man schauen, wie sich die Mitte dazu äussern wird und wie es herauskommt. Das Einfachste wäre, wenn Patrick Zberg seine Beschwerde beim Kanton zurückziehen würde, dann käme man in dem Tempo vorwärts, das man gerne hätte. Er spürt ganz fest, dass er es nicht ohne die daran geknüpfte Bedingung zurückziehen will. So bleibt dem Gemeinderat nichts anderes übrig, als diesen Umweg zu gehen, auch wenn es nicht gut für die Mitarbeitenden ist. Es dient nicht dem Ziel, das man sich gesetzt hat, nämlich möglichst schnelle und klare Entscheide zugunsten der Polizeiangehörigen zu treffen, die das verdient haben, aber er sieht im Moment keinen anderen Ausweg. Die Mitte wird die Motion erheblich erklären.
- 2.24 Ivo von Büren fügt an, dass sich die Freude der SVP-Fraktion ebenfalls in Grenzen hält und sie der Motion zustimmen wird. Dem Gemeinderat, dieses Vorgehen aufzuzwingen, zeugt von Sturheit. Er kann das nicht nachvollziehen. Für das Personal ist es eine Zumutung. Es verlängert den ganzen Prozess. Es ist unschön. Er hat so etwas in einem Gemeinderat noch nie erlebt. Jetzt muss man es durchziehen und halt so machen.
- 2.25 Gemeinderat Alexander Kaufmann meint, dass die SP-Fraktion überhaupt nicht begeistert ist. Er persönlich findet das schon fast einen Affront. Er hat das noch nie in dieser Art erlebt und kommt sich schon etwas komisch als Gemeinderat bei diesem Geschäft vor. Er kann nicht verstehen, dass Patrick Zberg nicht bereit ist, die Beschwerde zurückziehen. Das hält er für Sturheit. Man geht jetzt wieder einen extrem komplizierten Weg, der den Prozess verlängert. Die ganze Geschichte wurde aufgegleist, es wurde gute Arbeit geleistet. Jetzt steht einfach die Beschwerde im Raum. Er hat grundsätzlich nicht Angst vor der Beschwerde, aber man muss es jetzt machen, damit es vorwärts geht. Er hat nicht ein gutes Gefühl dabei. Dem Gemeinderat bleibt nichts anderes übrig. Er denkt allerdings, dass es in der SP-Fraktion sogar eine Stimmfreigabe geben könnte, wenn alle einverstanden sind. Er schliesst sich jedenfalls seinen Vorrednern an.

- 2.26 Daniel Hafner zeigt sich kritisch gegenüber einer Stimmfreigabe. Er ist gewählter Politiker, er wurde gewählt, weil ihm das Volk ein gewisses Vertrauen schenkt. Er ist einverstanden, dass der Anfang der Geschichte nicht gut aufgeleitet wurde. Er hätte es auch gut gefunden, wenn sich das Volk hätte äussern können, aber diesen Zeitpunkt hat man verpasst. Er ist nicht bereit, hier Hand zu bieten, nur weil man aufgrund eines Nicht-Grenchners, der hier spontan eine entsprechende Koalition auf dem Marktplatz lanciert und undifferenziert Auskunft gegeben hat, im Nachhinein so eine Geschichte hat laufen lassen. Er kann nicht dazu stehen. Der Gemeinderat hat den Entscheid gefällt, die Stadtpolizei in die Kantonspolizei zu integrieren. Das wurde zwar mit Verzögerung angegangen, man ist nun aber auf einem guten Weg unterwegs. Es macht für ihn keinen Sinn, diesen Weg jetzt wieder zu verlassen. Er wird die dringliche Motion ablehnen.
- 2.27 Peter Brotschi wird der Motion ebenfalls zustimmen, auch wenn er grosse Fragezeichen bezüglich der Begrifflichkeit hat. Das bedeutet aber noch nicht, dass er der Vorlage zustimmen wird. Man wird diese dann besser studieren und sich die Konsequenzen besser überlegen können. Man muss aufpassen, dass man nicht alles delegiert. Man weiss, dass der Gemeinderat im Kanton Solothurn Planungsbehörde ist und so z.B. auch dem Windpark zustimmen konnte. Er ist nicht Fan der geplanten Anlage. Das ist allgemein bekannt. Man kann sich überlegen, welchen Paragraphen man in der Gemeindeordnung ändern müsste, damit man auch dort eine Urnenabstimmung durchführen könnte. Wenn man bei diesem Geschäft eine Urnenabstimmung macht, ist er von jetzt an dafür, dass es auch beim Windpark eine Urnenabstimmung gibt.
- 2.28 François Scheidegger stellt fest, dass die Dringlichkeit nicht in Frage gestellt ist. Er lässt deshalb gleichzeitig über die Dringlichkeit und Erheblichkeit abstimmen. Der Gemeinderat nimmt Patrick Zberg beim Wort, dass er morgen seine Beschwerde beim Kanton zurückzieht.

Es ergeht mit 12 : 3 Stimmen folgender

- 3 Beschluss
- 3.1 Die dringliche Motion wird erheblich erklärt.

Vollzug: Stadtschreiberin

Stadtschreiberin
Stapo
PA
Marc Hauser, VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.3 / acs

Überparteiliche Motion: Prüfung der Einführung einer zeitgemässeren Gemeindeorganisation für die Stadt Grenchen / Einsetzen einer Arbeitsgruppe: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/25.02.2022

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion von Stadtschreiberin Luzia Meister in Koordination mit der Gemeinderatskommission beantwortet.

1.2 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber ist die heutige Gemeindeordnung bzw. Gemeindeorganisation über zwanzig Jahre alt. Die Zeit ist nicht stehen geblieben, auch in der Stadt Grenchen nicht. Im Motionstext sind die wichtigsten Gründe aufgelistet, die nach einer Änderung bzw. zumindest nach einer Überprüfung der heute gültigen Organisationsform rufen. Der Gemeinderat ist rechtlich gesehen die Exekutive der Stadt, funktioniert aber in den meisten Fällen eher als Parlament und damit als eine Art Legislative. Selbstverständlich kann man sagen, es funktioniere. Aber auf diese Art kann er die Aufsicht über die Verwaltung, wie sie das Gemeindegesetz vorsieht, nur rudimentär, wenn überhaupt, wahrnehmen, da er ohne Ressortsystem keine Einsicht in die eigentliche Verwaltungstätigkeit hat. Das gängige Kollegialitätsprinzip (Exekutive vertritt getroffene Entscheide mit einer Stimme) kann im heutigen System mit fünfzehn Gemeinderätinnen und Gemeinderäten nicht umgesetzt werden. Die Gemeinderatskommission fungiert zwar als „Quasi-Stadtrat“, hat aber bei weitem nicht diejenigen Befugnisse, welche einer Exekutive in einer ausserordentlichen Gemeindeorganisation zukämen. Der Einblick der Gemeinderatskommission in die Verwaltungstätigkeit ist ohne Ressortsystem und direkte Personalführung durch die GRK-Mitglieder ebenfalls nicht möglich. Bei einem Milizgremium sind die zeitlichen Ressourcen der Mitglieder begrenzt. Gemeinderat und Gemeinderatskommission sind hochgradig abhängig von den Informationen, welche die Verwaltung und das Stadtpräsidium an sie heranträgt. Im System der Stadt Grenchen üben die Abteilungsleiter/-innen neben der fachlichen und personellen Führung der Verwaltung auch eine exekutive Rolle aus mit einer entsprechenden Stellung. Da weder die Mitglieder des Gemeinderates noch die Mitglieder der Gemeinderatskommission Ressorts innehaben referieren die Abteilungsleiter/-innen vor der Gemeinderatskommission und dem Gemeinderat sowie insbesondere vor der Gemeindeversammlung und vertreten so das Sachgeschäft vor den politischen Behörden. Mit anderen Worten: Eigentlich sind die Abteilungsleiter/innen die „Stadträte“.

Die Motion ist bewusst offen formuliert und fordert nicht sakrosankt die ausserordentliche Gemeindeorganisation. Unter Umständen lässt sich auch am heutigen System etwas ändern, dass dann eine einigermaßen zeitgemässe Gemeindeorganisation daraus entstehen kann. Im Übrigen wiederholt er die in der Motionsbegründung aufgeführten Argumente hier nicht nochmals. Noch etwas zum Zeitfaktor. Man ist jetzt am Anfang der Legislatur und hat genug Zeit, eine Änderung der Gemeindeorganisation vorzubereiten, die dann auf die im Jahr 2025 beginnende neue Legislatur in Kraft treten könnte. Wenn man jetzt keine Änderungen vornimmt, passiert bis zum Legislaturbeginn 2030 nichts. Die bestehende Organisation wäre dann über 30 Jahre alt. Er bittet den Rat, die Motion erheblich zu erklären. Selbstverständlich nicht als Postulat, sondern als Motion. Er geht davon aus, dass diese Formulierung aus Versehen passiert ist und nicht etwa aus Absicht.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Ivo von Büren teilt nicht die Meinung seines Vorredners. Die SVP-Fraktion wird die Motion nicht erheblich erklären. Das System ist 30-jährig, hat wunderbar funktioniert und funktioniert immer noch. Man soll nicht etwas abändern, das gut war. Der Erstunterzeichner war selbst Abteilungsvorsteher. Er hätte ihn erleben wollen, wenn man ihm damals einen Durchlauferhitzer vor die Nase gesetzt hätte. Das hätte dann Ärger mit ihm gegeben. Ivo von Büren ist seit vielen Jahren selbständiger Unternehmer und fähig, einzuschätzen, ob eine Institution gut ist oder nicht. Man hat ein exklusives, gutes, sparsames Supermodell, wo sich andere Gemeinden die Finger danach lecken könnten. Ob das Jahresbudget einen Umfang von 90, 100 oder 125 Millionen umfasst, spielt bei diesem Modell keine Rolle. Der Gemeinderat wählt die Abteilungsleitenden. Man hat ein kompetentes Kader, eine effiziente Verwaltung und eine gute Führung. Er sieht nicht ein, weshalb man an diesem Modell herumschrauben soll. Er hat übrigens im 2006 den ganzen Prozess schon einmal durchgespielt, schon damals ist man zum Schluss gekommen, dass es nichts für Grenchen ist. Er weiss nicht, wie viele Stapel Papier produziert wurden, auf jeden Fall waren es viele. Noch eine Bemerkung zu den 30%- und 40%-Stadträten: Das sind nicht Leute, die den ganzen Tag arbeiten müssen, sondern solche, die gerne ein Teilpensum haben möchten, um sich wichtig in der Politik zu tun. Das sind Durchlauferhitzer. Faktisch hat man heute Fachleute, die in die Fraktionen kommen, Geschäfte vertreten und sagen, was Sache ist. Sie kennen ihre Abteilungen und ihre Mitarbeitenden und arbeiten 100 % bei der Stadt. Wenn man jetzt 40%-Stadträte produziert, werden diese jedes Mal von den Abteilungsleitenden gebrieft, was sie sagen sollen. Es läuft auf das Gleiche hinaus. Es sind reine Durchlauferhitzer. Es ist dummes Zeug, was man hier machen will, und die Kosten würden sich ungefähr verdreifachen.
- 2.2 Gemeinderat Peter Brotschi erklärt, dass die Mitte-Fraktion das unterstützen wird, damit es wieder einmal abgeklärt wird. Er erinnert daran, dass er vor vier Jahren die Motion „Prüfungsauftrag zur Vergrösserung des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen“ eingereicht hat, die vermutlich aus politischen Gründen abgelehnt wurde. Es wurde aber nicht politisch argumentiert, sondern damit, man fände ohnehin keine Leute für die Listen. Egal wie das Modell dann herauskommt, so einen kleinen Gemeinderat wird es sicher nicht mehr geben. Woher die Leute dann plötzlich hergezaubert werden sollen, wird man dann sehen.

Die Mitte-Fraktion ist offen und möchte, dass es geprüft wird, auch wenn Peter Brotschi persönlich kritisch ist, vor allem wenn er die Leserbriefspalten der Stadt Olten anschaut und mitbekommt, wie oft die Stimmbürger über das Budget abstimmen. Die Mitte ist aber dafür, dass es eine Motion bleibt und nicht wie im Antrag als Postulat erheblich erklärt wird, damit man vorwärts machen kann.

- 2.3 Die glp, so Gemeinderat Patrick Zberg, begrüsst die Motion, was auch verständlich ist. Als einzige Partei, die nicht in der Gemeinderatskommission vertreten ist, erhofft sie sich eine bessere Involvement ins politische Geschehen. Deshalb ist die glp dafür.
- 2.4 Für François Scheidegger ist das Anliegen ganz klar motionsfähig, weshalb der Antrag lauten sollte, dass der Vorstoss als Motion erheblich erklärt wird.
- 2.5 Für Robert Gerber ist das selbstverständlich eine Motion. Er ist nicht bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Er hatte das Gefühl, dass es sich um einen Verschieb handelt und nicht die Absicht war, die ganze Geschichte auf die lange Bank zu schieben.
- 2.6 Gemeinderat Alexander Kaufmann meint, dass man das nach 16 Jahren wieder prüfen kann. Das letzte Mal war es klar, dass es nichts für die Stadt Grenchen ist. Es kann gut sein, dass das gleiche Resultat herauschaut. Deshalb wird die SP-Fraktion die Motion erheblich erklären. Er fragt, ob die Mitglieder der Arbeitsgruppe heute bestimmt werden.
- 2.7 Laut François Scheidegger wurde das Geschäft in der Gemeinderatskommission vorbesprochen. Man fand, dass der Gemeinderat an seiner heutigen Sitzung nicht nur über die Erheblicherklärung entscheiden, sondern gleichzeitig auch eine Arbeitsgruppe einsetzen soll, damit man keine Zusatzschleife drehen und nochmals mit einer Vorlage in den Gemeinderat kommen muss. Die Fraktionen können ihre Nominierungen heute direkt melden oder später nachmelden. Angesichts der Wichtigkeit des Geschäfts sollen es ordentliche GR-Mitglieder und keine Ersatzmitglieder sein.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht mit 8 : 5 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Motion wird erheblich erklärt.
- 4.2 Es wird eine fünfköpfige Arbeitsgruppe mit folgenden GR-Mitgliedern eingesetzt:
- | | |
|------------|-----------------------|
| SVP: | Ivo von Büren |
| SP: | Angela Kummer |
| FDP: | Robert Gerber |
| Die Mitte: | Matthias Meier-Moreno |
| glp: | Patrick Zberg |
- 4.3 Die Arbeitsgruppe legt dem Gemeinderat einen Vorschlag über das weitere Vorgehen vor.

Vollzug: Stadtschreiberin

Stadtschreiberin
FV

0.1.0.0 / acs

Motion Fraktion FDP: Grenchen, die fahrradfreundliche Stadt (Velo-Auto-Bahn-Knoten): Einreichung

1 Mit Datum vom 8. März 2022 reicht die FDP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Robert Gerber):

1.1 Motionstext

Der Stadtpräsident wird beauftragt, dem Gemeinderat Bericht und Antrag zur Erarbeitung eines Massnahmenpaketes zur Förderung der Fahrradfreundlichkeit der Stadt vorzulegen. Dabei soll für den Standort Grenchen eine umfassende Optimierung der Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern des MIV, dem ÖV und dem Langsamverkehr bis Ende August 2022 konzeptioniert werden.

Begründung:

Die Fahrradfreundlichkeit unserer Stadt soll insbesondere durch eine weitere Gefahrenentschärfung für verschiedene Anspruchsgruppen (Schüler, Familien mit Kindern, Pendler auf die Bahnhöfe, Sportradfahrer etc.) verbessert werden. Durch die Entschärfung von Konfliktsituationen in der Nord-Süd-Querung der Stadt (Solothurnstrasse ab Kreisel GVG bis Girard-Kreuzung, Bielstrasse westlich ab VEBO, Über-/Unterquerung SBB-Linie sowie Verbindung Rainstrasse-Robert Luterbacherstrasse-Lindenstrasse, Zugang Flughafen, Querung A5 im Fall des Umbaus des Anschlusses Grenchen) soll der Schnelligkeit/Effizienz, Sicherheit und der Attraktivität der Fahrradbenutzung Vor-schub geleistet werden. Eine entsprechende Überprüfung des Grenchner Verkehrs-wegenetzes ist angesagt.

Die angestrebte Fahrradfreundlichkeit soll sich aber nicht nur in technischer Hinsicht artikulieren.

Sie soll auch durch eine aktive Bewirtschaftung der vorhandenen Grenchner Vorteile wie

- der optimalen Verkehrslage mit Autobahnanschluss,*
 - des Velodromes,*
 - der Zugänge zu nationalen und regionalen Fahrradroutes (Routes 5, 8, 50 etc.) oder Mountainbike-Trails im Jura (u.a. Grenchen Bike, Route 460), sowie*
 - den hervorragenden Schnittstellen zum ÖV*
- auszeichnen. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Integration von Grenchen (Bereich Flughafen-Sportstättenquartier) in den SlowUp anzustreben.*

Das Gesamtpaket der Massnahmen soll in Grenchen wirtschaftlich Wirkung erzielen und letztlich eine Verstärkung des vorhandenen Umfeldes im Sinne der Diversifizierung von Grenchen als Technologiestadt mit CAMPUS bewirken.

Als Link zur Grenchner Bevölkerung ist eine Reaktivierung von ProVelo oder anderer Körperschaften mit der Formulierung einer allfälligen Leistungsvereinbarung (Anlässe, Velobörse etc.) zu prüfen.

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD

7.9.1 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1 UNICEF: Nothilfe-Aufruf Ukraine

1.1 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, hat er mit Stadtpräsident François Scheidegger den Nothilfe-Aufruf der UNICEF wegen des Krieges in der Ukraine besprochen. Die UNICEF ist rund um die Uhr für Kinder und ihre Familie in der Ukraine und auf der Flucht im Einsatz. Der Nothilfe-Aufruf wurde auch in der Abteilungsvorsteherkonferenz (AVK) besprochen und es wurde beschlossen, dass er im Gemeinderat einen Betrag von CHF 20'000.00 für das Hilfswerk beantragt.

Die Stadt Grenchen hat seit 2018 das UNICEF-Label „Kinderfreundliche Gemeinde“. So soll nebst den Kindern für Grenchen aktuell auch etwas für die ukrainischen Kinder getan werden.

Remo Bill beantragt dem Rat im Namen der AVK, einen Betrag von CHF 20'000.00 an die UNICEF Nothilfe in der Ukraine zu spenden und so auch ein Zeichen nach aussen zu setzen.

1.2 Beschluss

Zu Lasten ER 2022, Konto 5930.3636.00 „Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck, Hilfswerke“ wird ein Nachtragskredit von CHF 20'000.00 genehmigt.

Vollzug: KZL

2 Dank an Vize-Stadtpräsident Remo Bill für Stellvertretung während der Corona-Erkrankung von Stadtpräsident François Scheidegger

2.1 Stadtpräsident François Scheidegger dankt Remo Bill ganz herzlich für sein grosses Engagement und seinen unermüdlichen Einsatz.

2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno fügt an, dass es sich bewährt hat, dass der Vize-Stadtpräsident nicht mehr im Arbeitsprozess drin ist. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinderatskommission und dem Gemeinderat hat ausgezeichnet funktioniert. Nochmals vielen Dank.

3 VSEG: a.o. Generalversammlung vom 10.03.2022 in Solothurn

3.1 Als Delegierte der Stadt Grenchen nehmen teil:

- Gemeinderat Ivo von Büren
- Stadtschreiberin Luzia Meister